

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Der nationale Bildungsbericht benennt alle 2 Jahre Stand und Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen des deutschen Bildungssystems. Mit seiner empirischen Bestandsaufnahme der verfügbaren repräsentativen und fortschreibbaren Daten aus amtlichen Quellen sowie sozialwissenschaftlichen Erhebungen wird bereichsübergreifend der Zustand des Bildungssystems dokumentiert und dessen Entwicklung in den vergangenen Jahren aufgezeigt. Dadurch werden aktuelle Diskussionsgrundlagen für Bildungspolitik und Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Im Folgenden werden entlang der Kapitelstruktur die zentralen Ergebnisse des Berichts resü-

miert (1). Daraus ergeben sich eine Reihe bereichsübergreifender Entwicklungen, die in einem zweiten Schritt aus den bereichsspezifischen Einzelbefunden abgeleitet werden (2). Die datengestützte Darstellungsform des Bildungsberichts ist allerdings nicht dazu geeignet, unmittelbar daraus Handlungsempfehlungen für politische oder pädagogische Maßnahmen abzuleiten. Gleichwohl können die Befunde dazu beitragen, Handlungsfelder und -bedarfe zu identifizieren. In diesem Sinne werden am Schluss dieses Abschnitts die aus Sicht der Autorengruppe zentralen Herausforderungen benannt (3).

Zentrale Befunde aus den Kapiteln

Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen

Historisch höchste Einwohnerzahl: Das moderate Anwachsen der Bevölkerungsgröße auf über 83 Millionen aufgrund steigender Geburtenzahlen und des anhaltenden Zuwanderungsgewinns aus dem Ausland wird in den nächsten Jahren sowohl in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung als auch daran anschließend im Primar- und Sekundarbereich der Schulen zu einer steigenden Nachfrage der Bildungsangebote führen.

Weiter sinkender Anteil der Bevölkerung lebt in Familien mit Kindern: Mit 47 % lebt 2018 knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, also in Haushalten von Erwachsenen mit minderjährigen Kindern. Vor 20 Jahren lag dieser Anteil mit 56 % noch deutlich höher. Waren alleinerziehende Familien früher noch eher die Ausnahme, werden sie in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer verbreiteten Familienform: Heute ist in jeder 5. Familie nur ein erwachsenes Elternteil im Haushalt vorhanden.

Stetige Zunahme der Erwerbstätigkeit von Müttern:

Aufgrund der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen ist das ehemals sehr verbreitete „Alleinverdienermodell“ der Familienväter nur noch in jeder 5. Familie anzutreffen und wurde als verbreitetste familiäre Erwerbskonstellation durch Haushalte abgelöst, in denen der Mann in Voll- und die Frau in Teilzeit arbeitet (47 %). Während der Erwerbsstatus der Väter nur marginal mit dem Alter der Kinder (und damit deren Betreuungsbedarf) korreliert, zeigt sich bei den Müttern eine Erwerbsstruktur im Lebenslauf, in der sich Beschäftigungsumfang und Erwerbstyp je nach Familienphase differenzieren.

In Paarfamilien hat der Bildungsstand beider Erwachsener einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbskonstellationen:

Haben beide Erwachsene einen hohen oder mittleren Bildungsstand, arbeiten sie deutlich häufiger in Vollzeit als mit einem niedrigen Bildungsstand. Liegt ein hoher Bildungsstand bei beiden Erwachsenen vor, so gehen sie mit 26 % sogar mehr als dreimal häufiger einer Vollzeitbeschäftigung nach als Paare mit niedrigem Bildungsstand.

Kinder Alleinerziehender wachsen überproportional häufig unter der Belastung von Risikolagen auf: Die 3 Risikolagen für Bildung – das Risiko formal gering qualifizierter Eltern, die soziale und die finanzielle Risikolage – betreffen einige Bevölkerungsgruppen in besonderer Weise. Während in Paarfamilien rund 23 % der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen sind, ist der entsprechende Anteil bei Kindern Alleinerziehender mit 59 % mehr als doppelt so hoch. Mit 41 % wachsen diese Kinder außerordentlich häufig in Armutsgefährdung (finanzielle Risikolage) auf, in Paarfamilien sind es nur 16 %. Besonders markant ist die Situation beim Vorliegen aller 3 Risikolagen: Während 3 % der Kinder in Paarfamilien davon betroffen sind, beträgt der Anteil bei den Alleinerziehendenfamilien 11 %.

Bildungsbezogene Risikolage auffallend häufig bei Kindern in Familien mit Migrationshintergrund: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind ebenfalls überproportional häufig von Risikolagen betroffen – so sind 47 % der Kinder mit Migrationshintergrund von mindestens einer Risikolage betroffen, bei Kindern ohne sind es nur 17 %. Noch deutlicher werden die Unterschiede bei der bildungsbezogenen Risikolage: In Familien mit Migrationshintergrund leben die Kinder mit 24 % fünfmal häufiger mit formal gering qualifizierten Eltern als Kinder in Familien ohne Migrationshintergrund.

Grundinformationen zu Bildung in Deutschland

Weiter steigende Bildungsbeteiligung: Im Jahr 2018 hat sich die Gesamtzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der frühen Bildung, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie Hochschulen auf 17,2 Millionen Personen weiter erhöht. Dies geht nicht nur auf die steigenden Geburtenzahlen und vermehrte Zuzüge aus dem Ausland zurück, sondern auch auf eine immer frühere Bildungsbeteiligung sowie die steigenden Studierendenzahlen.

Trotz zusätzlichen Bildungspersonals bleibt Mehr- und Ersatzbedarf bestehen: Die Anzahl der im Bildungswesen Beschäftigten hat zwischen 2008 und 2018 besonders in der Kindertagesbetreuung (+63 %) und an den Hochschulen (+37 %) aufgrund steigender Teilnehmerzahlen stark zugenommen. Trotz deutlicher Verjüngung in diesem Zeitraum führt die altersmäßige Zusammensetzung des vorhandenen Personals in den Schulen zu einem hohen Anteil an

Lehrkräften, die in naher Zukunft aus dem Schuldienst ausscheiden werden. Hier liegt der Anteil der über 50-Jährigen im Durchschnitt bei 42 %. Dabei bestehen große Unterschiede zwischen den Ländern, z. B. liegt der Anteil in den östlichen Flächenländern höher. Auch das Bildungspersonal außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen (z. B. an Volkshochschulen) weist mit 43 % einen hohen Anteil der über 50-Jährigen auf.

Die Zahl des Bildungspersonals außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen steigt: Während die Anzahl des Bildungspersonals, das außerhalb von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen tätig ist, im Jahr 2018 um 12 % über dem Stand im Jahr 2014 lag, nahm in diesem Zeitraum die Gesamtzahl der Menschen, die einen pädagogischen Beruf in Lehre, Erziehung oder Forschung ausüben, lediglich um 9 % zu. Insgesamt übten im Jahr 2018 2,7 Millionen Menschen einen pädagogischen Beruf in der Lehre, Erziehung oder Forschung aus. Mit 578.000 Menschen ist ein Fünftel des Bildungspersonals außerhalb von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen tätig. Dabei sind allein 167.000 im Bereich des sonstigen Unterrichts (z. B. an Volkshochschulen) beschäftigt. Weitere wichtige Arbeitsbereiche sind u. a. die öffentliche Verwaltung, das Sozialwesen und Unternehmen.

Große Unterschiede im Bildungsstand von Menschen mit Migrationshintergrund je nach Zuzugsalter und Herkunftsregion: Die 25- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und Bildungseinrichtungen in Deutschland besuchten, verfügen mit 16 % deutlich seltener als Personen ohne Migrationshintergrund (23 %) über einen Hochschulabschluss. Auch hat die erstgenannte Personengruppe mit 28 % häufiger keinen beruflichen Abschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund (10 %). Hier spiegelt sich auch wider, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig mit sozialen, finanziellen oder bildungsbezogenen Risikolagen aufwachsen. Zugleich treten Unterschiede nach Herkunftsregion auf. So sind die Nachteile bei Personen, deren Eltern aus den neuen EU-Beitrittsstaaten Mittel- und Südosteuropas kommen und die hier geboren sind, nicht so stark ausgeprägt. Bei Personen, die erst nach dem 19. Lebensjahr zugewandert sind und meist Bildungseinrichtungen im Ausland besuchten, ist sowohl der Anteil der Personen mit Hochschul-

abschluss (25 %) als auch der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss (40 %) relativ hoch. Diese Polarisierung zeigt sich besonders bei den 30- bis unter 35-Jährigen, bei denen der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss bei 37 % und der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss bei 40 % liegt.

Regional unterschiedliche Herausforderungen, auch zukünftig ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu gewährleisten: Sowohl in ländlichen, dünn besiedelten Landkreisen als auch in eher strukturstärkeren Landkreisen mit jüngerer Bevölkerung zeigt sich gegenüber dem Jahr 2008 eine Abnahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler und eine weniger stark ausgeprägte Abnahme der Bildungseinrichtungen. Dies hängt vermutlich mit den Bemühungen zusammen, eine wohnortnahe Schulversorgung sicherzustellen. Im gleichen Zeitraum wurden in dem Kreistyp, der eher strukturschwache Landkreise enthält und überwiegend in den östlichen Flächenländern liegt, viele Grundschulen (-6 %) und berufliche Schulen (-41 %) geschlossen, während parallel die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler wieder ansteigt. Zudem sind in den 3 bisher genannten Kreistypen die Bildungsbeteiligung und der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss niedriger als in denjenigen Kreistypen, die von Städten oder Großstädten geprägt sind. Dies hängt auch mit der Mobilität von Bildungsteilnehmenden zusammen, die z. B. für ein Studium in Hochschulstandorte umziehen.

Bildungsausgaben betragen 218,3 Milliarden Euro im Jahr 2018: Sie werden seit 2010 zwar kontinuierlich gesteigert, ihr Anteil am BIP verbleibt jedoch seit 2014 auf einem relativ konstanten Niveau von ca. 6,5 %. Im internationalen Vergleich sind die Bildungsausgaben in Deutschland 2016 gemessen am BIP niedriger als im OECD- und EU-Durchschnitt, während die durchschnittlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über dem OECD- und EU-Durchschnitt liegen.

Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung

Betreuung von Kindern unter 2 Jahren liegt überwiegend in der Familie – danach steigt die institutionelle Betreuung deutlich an: Ungeachtet des anhaltenden Ausbaus der Kindertagesbetreuung in Deutschland wurden 2019 mehr als zwei Drittel der unter 2-jährigen Kinder ausschließlich zu Hause betreut. Diese Form der familialen Betreuung ist in Westdeutsch-

land nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Dennoch ist auch in Westdeutschland die Zahl der 1- und 2-Jährigen in Kindertagesbetreuung weiter angestiegen. Inzwischen (2019) nehmen in Westdeutschland 31 % der 1-Jährigen (2006: 5 %) und 58 % der 2-Jährigen (2006: 17 %) ein Betreuungsangebot in Anspruch. In Ostdeutschland ist die Bildungsbeteiligung im Vergleich dazu mit 66 % der 1-Jährigen und 85 % der 2-Jährigen seit Jahren deutlich höher. In der Summe befindet sich inzwischen ab dem vollendeten 2. Lebensjahr eine deutliche Mehrzahl der Kinder in institutionalisierten Bildungsangeboten.

Weiterhin übersteigt der Betreuungsbedarf für unter 3-Jährige das vorhandene Angebot: Während die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten bei unter 3-Jährigen 2019 insgesamt bei 34 % lag, wünschte sich zeitgleich fast die Hälfte (49 %) der Eltern ein Betreuungsangebot für ihr Kind. Trotz des anhaltenden Ausbaus der Plätze in den letzten Jahren hat sich die Zahl der fehlenden Plätze weiter erhöht, da nicht nur die Zahl der Geburten, sondern auch der Bedarf der Eltern nach früher Bildung und Betreuung in institutionellen Settings weiter gestiegen ist.

Die Expansion der Kindertagesbetreuung wird an der steigenden Anzahl an Kindern und Einrichtungen sowie deren Größe erkennbar: Zwischen 2006 und 2019 ist die Zahl der Kinder, die ein Angebot früher Bildung in Anspruch nahmen, von 2,6 Millionen auf 3,3 Millionen gestiegen. Zugleich wurden zwischen 2006 und 2019 pro Jahr durchschnittlich knapp 600 neue Kindertageseinrichtungen geschaffen, sodass im Jahr 2019 bundesweit 52.870 Einrichtungen existieren. Infolgedessen zeigt sich in nahezu allen Ländern – außer in Berlin – ein Anstieg großer Einrichtungen mit mehr als 100 Plätzen. Auch in der Tagespflege hat sich der Anteil an Tagespflegepersonen, die 5 und mehr Kinder betreuen, in allen Ländern erhöht und ist bundesweit zwischen 2006 und 2019 von 8 auf 39 % an der gesamten Tagespflege gestiegen.

Das Qualifikationsgefüge des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen bleibt vorerst konstant: Trotz des kontinuierlich starken personellen Anstiegs auf rund 610.000 pädagogisch Tätige im Jahr 2019 und des anhaltenden Fachkräftebedarfs zeigt sich bislang keine Verringerung des Anteils fachlich einschlägig qualifizierter Beschäftigter. 2019 waren 69 % der in Kindertageseinrichtungen pädagogisch

Tätigen ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Damit ist ihr Anteil über die letzten 10 Jahre stabil geblieben. Ebenfalls kaum verändert hat sich in diesem Arbeitsfeld – trotz des Ausbaus früh- und kindheitspädagogischer Bachelorstudiengänge – der geringe Anteil akademisch qualifizierter Fachkräfte (6%). Zudem bestehen weiterhin deutliche Länderunterschiede bei dem Anteil der Beschäftigten mit berufsfachschulischen Ausbildungen zur Kinderpflege oder Sozialassistenten (zwischen unter 1% in Brandenburg und 37% in Bayern). Auffällig ist die stark gestiegene Anzahl an jährlich ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern: Sie hat sich zwischen dem Schuljahr 2007/08 und 2017/18 mit zuletzt rund 31.000 Ausbildungsabschlüssen nahezu verdoppelt.

Bei den Personalschlüsseln bleiben große Unterschiede zwischen den Ländern bestehen: In Gruppen mit Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt bewegt sich der Personalschlüssel der Länder in einer Spanne von 1 : 6,5 bis 1 : 12 (2019). Dabei zeigt sich im Vergleich zum Jahr 2012 eine leichte Verbesserung zu einer damaligen Streuung zwischen 1 : 7,1 und 1 : 13,4. Perspektivisch eröffnet der zurückgehende Platz- und Personalbedarf vor allem in Ostdeutschland die Möglichkeit, die Personalschlüssel dort deutlich zu verbessern.

Frühe Förderung in Familien stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig: Trotz geringerer Zeitressourcen wird Kindern von berufstätigen Müttern im Vergleich zu jenen nichtberufstätiger Frauen häufiger vorgelesen. Dieser Befund ist insbesondere auf den höheren Bildungsabschluss von erwerbstätigen Müttern zurückzuführen. Auch frühe non-formale Förderangebote sowie Beratungsangebote für Familien werden seltener von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss wahrgenommen.

Sprachförderdiagnostik wird in den Ländern nach wie vor heterogen gehandhabt: Wenngleich Kinder sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund sprachförderbedürftig sein können, ergeben die Sprachstandserhebungen in Ländern mit starker Zuwanderung höhere Förderquoten. Bundesweit sprachen 2019 22% der 3- bis unter 6-jährigen Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, in der Familie vorrangig nicht Deutsch und kamen so meist erst in der Kindertagesbetreuung verstärkt mit der deutschen Sprache in Berührung. In manchen Regionen Deutschlands, insbesondere in Ballungsgebieten, ist

der Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache besonders hoch und erfordert frühe Sprachförderung. Die Diagnostik des Sprachförderbedarfs ist zwischen den Ländern unterschiedlich geregelt. Eine bildungspolitische Gesamtstrategie zur Sprachförderung aller Kinder zeichnet sich – trotz der gemeinsamen Bund-Länder-Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“ – gegenwärtig nicht ab.

Weniger Direkteinschulungen in Förderschulen, jedoch höherer sonderpädagogischer Förderbedarf bei der Einschulung diagnostiziert: Im letzten Jahrzehnt ist der Anteil der einzuschulenden Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – vorrangig in Bezug auf ihre sprachliche und geistige Entwicklung – auf etwa 29.000 Kinder (2018/19) leicht angestiegen, was einer Zunahme um 0,8 Prozentpunkte entspricht. Da aber zuletzt ein etwas höherer Anteil dieser Kinder integrativ an Grundschulen eingeschult wurde, ist der Anteil von Direkteinschulungen in Förderschulen in den letzten 10 Jahren auf 3,1% an allen Eingeschulerten (2018/19) geringfügig zurückgegangen.

Allgemeinbildende Schule und non-formale Lernwelten im Schulalter

Konsolidierung der landesspezifischen Schulstrukturen, die mehr und mehr Kindern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und flexiblere Bildungswege eröffnen: Nachdem viele Länder dazu übergegangen sind, nach der Grundschule neben dem Gymnasium nur noch Schularten vorzuhalten, die den Haupt-, den Realschul- sowie teilweise den Gymnasialbildungsgang unter einem Dach vereinen, ist die Flexibilität bei Bildungsentscheidungen für Schülerinnen und Schüler so groß wie nie zuvor. Seit 2008 hat sich die Schülerzahl in Schularten mit 2 oder 3 Bildungsgängen auf 1,4 Millionen bzw. 34% aller Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I verdoppelt. Die ehemals enge Kopplung zwischen Schulart und Schulabschluss hat sich zudem generell gelockert. An Hauptschulen erwirbt z. B. inzwischen ein Drittel der Jugendlichen den mittleren Abschluss.

Zunehmende Flexibilisierung des Umgangs mit Bildungszeit im Schulalter: Strukturelle Veränderungen im Schulwesen haben auch in zeitlicher Hinsicht zu mehr Wahlmöglichkeiten geführt. Dies betrifft u. a. den Einstieg und die Verbleibdauer in der flexiblen Schuleingangsphase vieler Länder, die Inanspruchnahme unterschiedlicher Formen von Ganztagsan-

geboten, aber auch die Länge der Schullaufbahn. So gibt es z.B. fast überall sowohl einen 8- als auch einen 9-jährigen Bildungsgang zum Abitur, in einigen Ländern auch als Parallelangebot an Gymnasien. Der Anteil an Jugendlichen, die sich nach Jahrgangsstufe 9 für ein weiteres Schuljahr zum Erwerb des mittleren Abschlusses entscheiden, wächst ebenso wie der Anteil nachträglich an beruflichen Schulen erworbener allgemeinbildender Schulabschlüsse. Zudem erweitert sich auch die zeitliche Organisation von Aktivitäten in und außerhalb der Schule – nicht nur mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schule und Hort, sondern auch bezogen auf die Vielfalt außerschulischer Aktivitäten. Zwei Drittel der 12- bis unter 20-Jährigen sind z.B. in einem Verein aktiv, jeder und jede Fünfte engagiert sich ehrenamtlich. Nach der Schulzeit absolvieren zudem immer mehr Jugendliche einen Freiwilligendienst. Ihre Zahl stieg von weniger als 15.000 zu Beginn dieses Jahrhunderts auf zuletzt (2018/19) mehr als 90.000 unter 27-Jährige pro Jahr.

Anhaltender Ausbau unterschiedlicher Formen ganztägiger Angebote für Grundschul Kinder: Im Schuljahr 2018/19 nutzten mehr als 1,5 Millionen Grundschul Kinder (50 %) ein Angebot der Ganztagsbetreuung. Insgesamt ist die Situation aber durch eine länderspezifische Organisation und heterogene Inanspruchnahme geprägt – von freiwilligen bis verbindlichen ganztägigen Angeboten in schulischer Verantwortung über Hortangebote der Kinder- und Jugendhilfe bis hin zu sonstigen (Über-)Mittagsbetreuungsangeboten. Nach wie vor kann jedoch ein Teil der Elternwünsche nach Ganztagsbetreuung durch das vorhandene Angebot nicht abgedeckt werden. In Anbetracht des geplanten Rechtsanspruchs ist – ausgehend von den Werten des Schuljahrs 2018/19 – bis zum Jahr 2025 für Grundschul Kinder mit einem zusätzlichen Bedarf an 785.000 ganztägigen Plätzen in Schulen und/oder Horten zu rechnen.

Große soziale Unterschiede in Schulbesuch und Kompetenzentwicklung trotz Annäherung im Verlauf des Sekundarbereichs I: Bei den Grundschulübergängen auf weiterführende Schularten treten weiterhin erhebliche soziale Disparitäten auf. Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Elternhäusern revidieren dann zwar häufiger als andere ihre Bildungsentscheidung durch Wechsel, und dies überdurchschnittlich oft in Richtung höher qualifizierender Bildungsgänge. Die anfänglichen Unterschiede

werden damit aber kaum ausgeglichen. Insgesamt durchlaufen 81 % aller Schülerinnen und Schüler den Sekundarbereich I geradlinig an der ursprünglich gewählten Schule. Bei den Schülerleistungen starten Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status ebenfalls mit deutlich schlechteren Ausgangslagen in den Sekundarbereich I, haben dann oft überdurchschnittliche Kompetenzfortschritte, ohne allerdings das Leistungsniveau derjenigen aus privilegierten Herkunftsgruppen zu erreichen. Nichtsdestoweniger nimmt der Effekt der sozialen Herkunft auf Schulbesuch und -leistungen im Verlauf des Sekundarbereichs I eher ab als zu.

Stagnation am oberen Ende des schulischen Qualifikationsspektrums, wachsende Probleme am unteren:

Der über viele Jahre zu beobachtende Trend zum Besuch höher qualifizierender Schularten und zum Erwerb höher qualifizierender Abschlüsse hat sich bei den aktuellen Schülerkohorten nicht fortgesetzt. Neben stagnierenden, in einigen Ländern sogar rückläufigen Übergangsquoten ans Gymnasium deuten auch sinkende Absolventenquoten mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife darauf hin. Weiter gestiegen sind hingegen die Anzahl und der Anteil an Jugendlichen, die von der Schule abgehen, ohne mindestens den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Nach langjährigem Rückgang hat sich die entsprechende Abgangsquote seit ihrem Tiefststand 2013 von 5,7 auf 6,8 % im Bundesdurchschnitt stetig erhöht. Darunter sind immer weniger Förderschülerinnen und Förderschüler, d. h., der Anstieg geht ausschließlich auf vermehrte Abgänge ohne Abschluss aus den anderen Schularten zurück.

Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger sowie fachfremd unterrichtende Lehrkräfte spielen eine zunehmende Rolle für die Absicherung des Lehrkräftebedarfs:

Aktuellen Prognosen zufolge scheint der künftige Lehrkräftebedarf für Deutschland rechnerisch weitgehend gedeckt. Bedarf und Angebot variieren jedoch nach Ländern, Schularten und Fächern. Bundesweit haben 13 % aller 2018 neu eingestellten Lehrkräfte kein grundständiges Lehramtsstudium absolviert, in einigen Ländern war es mehr als ein Viertel der Neueinstellungen. Hinzu kommt ein substanzieller Anteil an Lehrkräften mit Lehramtsausbildung, die fachfremd eingesetzt werden. Dass die von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern oder fachfremd unterrichteten Klassen im Sekundarbereich I größtenteils schlechtere Schülerleistungen erreichen, hängt in

erster Linie mit der Schülerzusammensetzung zusammen. Sie werden vor allem in den Schularten und -klassen eingesetzt, die durch einen höheren Schüleranteil mit Migrationshintergrund, mit niedrigem sozioökonomischem Status und geringen kognitiven Grundfähigkeiten gekennzeichnet sind.

Berufliche Ausbildung

Stabile Anfängerzahlen in den beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren, rückläufige Neuzugänge im Übergangssektor: Die Anfängerzahlen zum dualen System sind in den letzten beiden Jahren stabil geblieben, jene zum Schulberufssystem haben sich leicht erhöht. Das duale System verbucht damit im Jahr 2019 51 % der Neuzugänge, das Schulberufssystem 23 %. Der mit der Integration von Asyl- und Schutzsuchenden einhergehende Anstieg des Übergangssektors zwischen 2014 und 2016 baut sich zwar ab, dennoch nimmt dieser Sektor mit knapp 26 % aller Neuzugänge einen hohen Anteil ein. Auf Länderebene streut er zwischen 14 und 37 % und zeugt von fortbestehenden Schwierigkeiten der Ausbildungseinmündung, vor allem in den westdeutschen Flächenländern.

Deutliche Passungsprobleme im dualen System bei stabiler Angebots-Nachfrage-Relation (ANR): Die in den letzten Jahren leicht gestiegene Nachfrage nach dualer Ausbildung und die leichte Erhöhung im Angebot scheinen vorerst gebremst; zwischen 2018 und 2019 sinkt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und das Angebot geht ebenfalls zurück, jedoch weniger stark als die Nachfrage. Insgesamt stabilisiert sich die ANR bei 96,6. Allerdings sind zum Teil erhebliche Passungsprobleme, d.h. das gleichzeitige Auftreten von unversorgten Jugendlichen und unbesetzten Ausbildungsplätzen, in den Ländern festzustellen. Dabei ist die Varianz zwischen Arbeitsagenturbezirken größer als zwischen Ländern. Besonders stark sind in den letzten 11 Jahren die berufsfachlichen an allen Passungsproblemen gestiegen (von 7 auf 33 %). Hier kommen Berufsangebot und Berufsinteresse der Jugendlichen nicht zusammen. Die bedeutendste Problemlage stellen jedoch mit 43 % eigenschafts- und verhaltensbezogene Passungsprobleme dar. Bei dieser Art von Passungsproblem liegt ein Mismatch zwischen Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen und Anforderungen der Betriebe oder zwischen den Erwartungen der Jugendlichen an Ausbildungsbedingungen und vorgefundenen

betrieblichen Gegebenheiten vor. Vergleichsweise moderat, aber dennoch auffällig sind mit 25 % die regionalen Passungsprobleme.

Anhaltende soziale Disparitäten im Ausbildungszugang: Trotz leicht verbesserten Zugangs zum dualen System bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und zum Schulberufssystem bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss seit dem Jahr 2005 sind die Differenzen in der Verteilung der Neuzugänge auf die 3 Sektoren nach dem schulischen Vorbildungsniveau sehr stabil: Lediglich ein Viertel der Jugendlichen ohne Schulabschluss und knapp drei Fünftel der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss sind im Jahr 2018 in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet. Unter den Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss waren es hingegen mehr als vier Fünftel und bei Jugendlichen mit (Fach-)Hochschulreife nahezu alle. Trotz wachsendem Anteil an Neuverträgen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung stellt der mittlere Schulabschluss nach wie vor das dominierende Vorbildungsniveau dar. Darüber hinaus sind persistierende Disparitäten im Ausbildungszugang insbesondere für ausländische Personen zu erkennen, diese münden auch bei gleichem Abschluss zu deutlich geringeren Anteilen in eine vollqualifizierende Ausbildung ein.

Fast die Hälfte der Schulentlassenen mit maximal mittlerem Schulabschluss mit nahtloser Einmündung in Ausbildung, knapp ein Drittel mit langen oder fragmentierten Übergangswegen: Die Übergangswegen in eine berufliche Ausbildung sind stark ausdifferenziert: Fast der Hälfte der Schulentlassenen mit maximal mittlerem Schulabschluss gelingt der schnelle Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung, weitere 9 % weisen einen verzögerten Übergang ins duale System auf. 15 % streben einen höheren Schulabschluss an einer berufsbildenden Schule an, vornehmlich um die Fachhochschulreife zu erwerben. Knapp 30 % weisen dagegen schwierige Übergangsmuster mit langen Verweildauern im Übergangssektor (12 %) oder fragmentierte Verläufe (17 %) auf, bei denen sich Phasen der Erwerbstätigkeit, kurze Besuchszeiten in einer Übergangsmaßnahme, an- und wieder abgebrochene Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit abwechseln. Deutliche Unterschiede in den Übergangsprozessen bestehen nach Schulabschluss und Migrationshintergrund: Jugendliche mit maximal einfachem Hauptschulabschluss sowie mit Migrationshintergrund sind u.a. auch bei Kontrolle des

sozioökonomischen Status oder der durchschnittlichen Abschlussnote seltener in erfolgreichen Verläufen; für sie stellt der Übergang in eine Berufsausbildung häufig einen langwierigen und schwierigen Weg dar.

Abnehmende Absolventenzahlen in den beiden vollqualifizierenden Sektoren, leichte Anstiege bei beruflichen Fortbildungsabschlüssen: Zwischen 2005 und 2018 geht die Zahl der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen dualer und vollzeitschulischer Ausbildungsgänge um 12 bzw. 2 % zurück. Dies erklärt sich größtenteils aus demografischen Trends, aber auch aus dem Wandel von Bildungsaspirationen und Berufsstruktur. Für das duale System zeigen sich innerhalb der Berufsgruppen besonders starke Rückgänge im Ernährungshandwerk, Hotel- und Gaststätten- sowie im Reinigungsgewerbe, in jenen Berufen also, die einen hohen Angebotsüberhang haben. Darüber hinaus ist es im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt zu auffälligen Umschichtungen bei den Absolventinnen und Absolventen der IT-Berufe gekommen: Während die technisch ausgerichteten Berufe (Fachinformatiker, Fachinformatikerin und Software-Entwickler, -Entwicklerin) innerhalb der letzten Dekade Zuwächse verzeichnen, verlieren die Informatik- sowie die Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufleute an Bedeutung. Im Schulberufssystem haben sich die Absolventenzahlen im Bereich der Erziehung und Kinderpflege in der letzten Dekade fast verdoppelt, sodass diese nunmehr ca. ein Drittel aller Absolventinnen und Absolventen des Schulberufssystems ausmachen. Dagegen fällt die Quote in den Gesundheits- und Pflegeberufen leicht (-3 %). Letzteres hängt vor allem mit dem Rückgang an Absolventinnen und Absolventen in den therapeutischen sowie medizinischen und pharmazeutisch-technischen Assistenzberufen zusammen. Eine Steigerung zeichnet sich bei den Absolventinnen und Absolventen beruflicher Fortbildungen ab (+8 %). Dominiert werden die Fortbildungen von kaufmännischen Dienstleistungen und den Fertigungs- und technischen Berufen. Sinkende Fortbildungsquoten weisen Gastronomie und Hauswirtschaft um ca. 30 % sowie mit 15 bzw. 17 % Datenverarbeitung/Informatik und sonstige Dienstleistungen auf.

Weiterhin hohe Integrationskraft eines beruflichen Abschlusses, aber Unterschiede in der Arbeitsmarktintegration zwischen den Geschlechtern und Personen mit und ohne Migrationshintergrund: Personen im

Alter von 25 bis unter 35 Jahren, die einen dualen oder schulischen Ausbildungsabschluss erworben haben, sind zu 90 % voll- oder teilzeiterwerbstätig. Unabhängig von der Art des Ausbildungsabschlusses gilt jedoch, dass Frauen deutlich häufiger in Teilzeit beschäftigt sind als Männer, was mehrheitlich auf Erziehungsphasen zurückgeführt werden kann. Unterschiede sind zudem zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu erkennen; Migrantinnen und Migranten sind häufiger nicht-erwerbstätig und wenn doch, dann seltener in Vollzeit. Der Anteil unterwertiger Beschäftigung, d.h. die Ausübung einer an- oder ungelerten Tätigkeit, ist bei Personen mit einem Ausbildungsabschluss relativ gering (5 %), stärker sind jedoch Personen mit Migrationshintergrund (7 %) von unterwertiger Beschäftigung betroffen im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund (3 %).

Hochschule

Hochschullandschaft und Studienangebot werden vielfältiger, insbesondere durch Ausbau privater Hochschulen mit spezialisiertem Studienangebot: Das Hochschulsystem in Deutschland ist durch große Vielfalt geprägt. Neben den Volluniversitäten und Fachhochschulen mit breitem Fächerspektrum stehen kleinere und spezialisierte Hochschulen. Dazu hat insbesondere die Gründung zahlreicher privater Hochschulen in den letzten 20 Jahren beigetragen, die durch ein enges und spezialisiertes Fächerprofil gekennzeichnet sind und ihr Angebot an berufs begleitenden und Fernstudiengängen vielfach auf die Zielgruppe beruflich Qualifizierter mit (weiterbildender) Studienabsicht ausrichten. Jede 10. Neueinschreibung entfällt inzwischen auf eine private Hochschule. Die Zahl der Studiengänge ist auch als Folge von Spezialisierung, Akademisierung und Profilbildung weiter angestiegen, auf mehr als 20.000. Die Mehrzahl der Studiengänge ist nicht zulassungsbeschränkt, es bestehen jedoch deutliche regionale und Fächerunterschiede.

Übergang in die Hochschule von Bildungsherkunft und Migrationshintergrund beeinflusst: Die Beteiligung an der Hochschulbildung hängt stark von der Bildungsherkunft ab, wie auch in vorherigen Bildungsberichten festgestellt wurde. Die Hochschulbeteiligung ist bei Kindern aus Akademikerfamilien höher als bei Kindern, deren Eltern nicht studiert haben. Beim Übergang in die Hochschule verstärken sich die

herkunftsspezifischen Unterschiede verschiedener Schulabschlussnoten dadurch, dass sich Studienberechtigte aus Akademikerfamilien bei der Entscheidung für ein Studium weniger an ihrem schulischen Leistungsniveau orientieren als Studienberechtigte aus Nichtakademikerfamilien. Studierende mit Migrationshintergrund sind an den Hochschulen unterdurchschnittlich vertreten. Dies liegt vor allem daran, dass sie seltener eine Hochschulreife erwerben und dann auch schwächere Abschlussnoten erreichen. Aufgrund hoher Bildungsaspirationen streben Studienberechtigte mit Migrationshintergrund allerdings bedeutend häufiger ein Studium an, auch wenn sie eher schwächere schulische Leistungen erzielt haben.

Anhaltend hohe Studiennachfrage: Die Studienanfängerzahl liegt seit 2013 bei über einer halben Million, davon – mit leicht sinkender Tendenz – ca. 400.000 inländische Studienanfängerinnen und -anfänger. Die Übergangsquote der Studienberechtigten in die Hochschule bleibt hoch. Die Fachhochschulen steigern ihren Anteil an den Neueinschreibungen weiter auf nunmehr 44 %. Die Diversität der Studierenden zeigt sich u.a. an einer beträchtlichen Altersspanne zu Studienbeginn oder den unterschiedlichen Bildungsverläufen vor dem Studium. Studierende des Dritten Bildungswegs, ohne schulische Studienberechtigung, bilden nach wie vor eine sehr kleine Gruppe, die vielfach berufsbegleitende und Fernstudienangebote auswählt.

Hochschulen und Studium sind in Deutschland in erheblichem Maße von ausländischen Studierenden geprägt: Ungefähr zu je einem Drittel begannen internationale Studierende in einem Bachelorstudium, einem weiterführenden Studium (Master, Promotion) oder schreiben sich für einen Gastaufenthalt ein. Über alle Studierenden hinweg liegt der Anteil internationaler Studierender bei 10,5 %. Internationale Studierende erwerben einen beträchtlichen Teil der Masterabschlüsse und Promotionen (jeweils etwa 18 %). Hier zeigt sich die Internationalisierung der Hochschulen.

Studienfachwahl verändert sich langsam: Die Fächerquoten verändern sich nur in längeren Zeiträumen. Wählte Mitte der 1990er-Jahre weniger als ein Drittel der Studienanfängerinnen und -anfänger ein MINT-Fach, beträgt dieser Anteil seit 2012 stabil fast 40 %. Das ist im internationalen Vergleich ein sehr hoher Anteil. Eine Wirtschaftswissenschaft wählen ca. 22 %,

sozial- und erziehungswissenschaftliche Fächer und die Psychologie zuletzt 13 %, während auf die Geisteswissenschaften gut ein Zehntel entfällt. Durch Fachwechsel und fachspezifisch unterschiedliche Abbruchquoten gewinnen bei den Erstabschlüssen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Anteile hinzu, während die MINT-Fächer mit weniger als einem Drittel der Erstabschlüsse Anteile verlieren.

Bachelorabschluss nur an Fachhochschulen der Regelabschluss: Die Mehrheit der Fachhochschulbachelors geht in eine Erwerbstätigkeit über, etwa 40 % beginnen ein Masterstudium. An den Universitäten ist der Übergang in das Masterstudium mit annähernd 90 % weiterhin sehr hoch. Der Masterabschluss bildet hier quasi den Regelabschluss, auch weil er teilweise (etwa beim Lehramt) für die berufliche Tätigkeit erforderlich ist. Beim Übergang in das Masterstudium wirkt, wie auch beim Übergang in die Hochschule, die soziale Herkunft: Je höher diese ist, desto häufiger entscheiden sich Studierende für die Aufnahme eines Masterstudiums.

Studiendauer im Bachelor weiter gestiegen: Der Studiererstabschluss in den Bachelorstudiengängen wird deutlich früher erreicht als in den traditionellen Studiengängen. Der Trend zur Verlängerung der Studienzeit im Bachelorstudium setzt sich jedoch fort, auch weil mehr Studierende mit längerer Studiendauer in die Berechnungen eingehen. Dazu können Faktoren wie die Leistungsanforderungen im Studium oder eine studienbegleitende Erwerbstätigkeit beitragen. An den Universitäten wird der Bachelorabschluss im Schnitt nach 7,8 Semestern erreicht, obwohl die Regelstudienzeit im Bachelor überwiegend 6 Semester beträgt. An den Fachhochschulen (7,6) liegt die mittlere Studiendauer näher an der Regelstudienzeit von zumeist 7 Semestern. Bis zum Masterabschluss dauert das Studium etwa 12 bis 13 Semester und damit etwa so lange wie früher bis zum Diplom- oder Magisterabschluss. Die Regelstudienzeit wird aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern überschritten, wie internationale Vergleiche zeigen.

Sehr gute Arbeitsmarktchancen nach dem Studienabschluss: Im Zuge der allgemein hohen Arbeitskräftenachfrage haben Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach wie vor sehr gute Arbeitsmarktchancen. Ihre Arbeitslosenquote ist, nicht nur in

Deutschland, sehr gering und die Erwerbsbeteiligung über die gesamte Erwerbsspanne hoch. Die neuen Abschlüsse Bachelor und Master sind inzwischen fest etabliert und führen größtenteils in eine qualifikationsangemessene Erwerbstätigkeit. Dabei bietet der Bachelor von Fachhochschulen ähnliche Chancen auf eine qualifikationsangemessene Beschäftigung wie das frühere FH-Diplom. Insgesamt ist etwa ein Fünftel der Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss in einem Beruf beschäftigt, für den der Abschluss einer beruflichen Ausbildung typisch ist, Frauen etwas häufiger als Männer.

Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Teilnahme an Weiterbildung verteilt sich unterschiedlich auf das Angebot staatlicher, gemeinschaftlicher, betrieblicher und kommerzieller Anbieter: Insgesamt entfallen die meisten Weiterbildungsaktivitäten auf betriebliche Anbieter (45 %), gefolgt von kommerziellen (22 %), gemeinschaftlichen (17 %) und staatlichen (13 %) Anbietern. Dies geht einher mit dem insgesamt hohen Anteil an betrieblicher Weiterbildung im Vergleich zu individuell berufsbezogener und nichtberufsbezogener Weiterbildung. In der individuell berufsbezogenen und in der nichtberufsbezogenen Weiterbildung überwiegen kommerzielle und staatliche Anbieter. Kommerzielle Anbieter führen das Feld auch bezüglich der insgesamt für Weiterbildung investierten Stunden an, gefolgt von staatlichen und betrieblichen Anbietern. Betriebliche Anbieter führen damit zwar viele, jedoch eher kürzere Angebote durch.

Regionale Disparitäten in der Weiterbildungsteilnahme und bei Anbietern der Weiterbildung: Gestützt durch Ländergesetze zur Weiterbildung sind staatliche Anbieter, insbesondere Volkshochschulen, die einzigen Anbieter, die im gesamten Bundesgebiet präsent sind und damit flächendeckend Weiterbildung anbieten. Betriebliche und kommerzielle Anbieter sind hingegen vor allem in wirtschaftsstarken Regionen mit großen Unternehmen und gemeinschaftliche Anbieter vor allem in bevölkerungsstärkeren Gebieten vertreten. Die Weiterbildungsbeteiligung weist deutliche regionale Unterschiede auf, sowohl innerhalb einzelner Bundesländer als auch zwischen ihnen.

Veränderung in der Weiterbildungsaktivität von Betrieben nach Branchen: 2018 stieg der Anteil weiter-

bildungsaktiver Betriebe in der Branche Erziehung und Unterricht auf 87 % – den höchsten bisher für diese Branche berichteten Wert und den höchsten Wert unter allen Branchen für das Jahr. Eine positive Entwicklung mit teilweise großen Schwankungen zwischen den Jahren zeigen auch die Anteilswerte in den Branchen Bergbau, Energie, Wasser, Abfall, Produktionsgüter, Verkehr und Lagerei. Negative Entwicklungen innerhalb der letzten 3 Jahre gab es unter Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. Kirchen, Gewerkschaften, wissenschaftliche Organisationen) sowie Information und Kommunikation. Trotz dieser Veränderungen bleiben starke Unterschiede zwischen den Branchen bestehen (20 % niedrigster Anteil vs. 87 % höchster Anteil). Der Anteil weiterbildungsaktiver Betriebe insgesamt ist weitestgehend stabil mit leicht positivem Trend (54 %). Größere Betriebe und Betriebe mit hohen Anteilen qualifizierten Personals in Vollzeit sind weiterbildungsaktiver.

Erstmals seit 2012 wieder Anstieg der Teilnahme an non-formalem Lernen: Der Anstieg der Teilnahmequoten der 18- bis 69-Jährigen auf 52 % geht vor allem auf eine erhöhte Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung zurück (von 36 % im Jahr 2016 auf 40 % im Jahr 2018). Das durchschnittlich in non-formales Lernen investierte Stundenvolumen pro Aktivität steigt ebenfalls (wie auch in den Vorjahren) an. Hier geht der Anstieg, anders als bei den Aktivitäten, auf individuelles und nichtberufsbezogenes Lernen zurück. Die Teilnahmequoten an formalem (11 %) und informellem Lernen (45 %) sowie individuell berufsbezogenem und nichtberufsbezogenem non-formalem Lernen sind seit 2012 weitestgehend stabil.

Teilnehmende informeller, non-formaler und formaler Lernaktivitäten unterscheiden sich systematisch: Vor allem Personen mit höherem Bildungsabschluss, Erwerbstätige und Personen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren partizipieren in mindestens einer der Lernformen. Bildungs-, Alters- und Erwerbsunterschiede lassen sich am stärksten bei non-formal Lernenden in der organisierten Weiterbildung beobachten. Selbstständig informell Lernende sind häufiger Erwachsene in Ausbildung, Arbeitslose, Menschen ohne Migrationshintergrund und höher Gebildete. Beim formalen Lernen im Erwachsenenalter, z.B. an Universitäten oder in der beruflichen Bildung, steigt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und von Männern.

Qualitätsmanagementsysteme werden zum Standard für Anbieter der Weiterbildung: 2017 verfügten 80 % der Anbieter über ein mehrheitlich extern zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem (QMS). Weitere 5 % der Einrichtungen planten die zeitnahe Implementierung eines QMS. Seltener sind QMS bei kommerziellen Anbietern und Anbietern, die keine im Rahmen der SGB II und SGB III förderfähigen Weiterbildungsmaßnahmen durchführen. Voraussetzung für diese Förderung ist seit 2004 die Implementierung eines zertifizierten QMS. Die QMS verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz zur Erhöhung der Zufriedenheit der „Kundinnen und Kunden“ von Weiterbildung. Wirkungen lassen sich bisher aber stärker auf der organisatorischen Ebene nachweisen als auf Ebene der Lehr-Lern-Prozesse.

Anteil erfolgreicher Abschlüsse des Tests „Leben in Deutschland“ und des „Deutsch-Tests für Zuwanderer“ mit B1 sinkt: Integrationskurse für Zugewanderte bestehen aus 2 Modulen, die jeweils mit einem Test abschließen. Die Abschlussquoten beider Tests sind seit 2015 kontinuierlich gesunken. Den Test des Orientierungskurses bestanden 2018 88 % (5 % weniger im Vergleich zu 2015). Das angestrebte Sprachniveau B1 im Deutsch-Test für Zuwanderer erreichten 2018 52 % (18 % weniger als 2015). Eine der Ursachen der negativen Entwicklungen liegt darin, dass sich die Gruppe der Teilnehmenden durch neue Zuwanderungsstrukturen verändert hat. Teilnehmende der vergangenen Jahre haben mit Blick auf Aufenthaltsstatus und familiäre Situation schwierigere Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Spracherwerb und Lernprozess.

Weiterbildung steht in positivem Zusammenhang mit Beschäftigungsfähigkeit, Löhnen, politischer und sozialer Teilhabe: Leistungsempfängerinnen und -empfänger der Grundsicherung, die an öffentlich geförderter beruflicher Weiterbildung teilnehmen, haben höhere Beschäftigungschancen und erzielen höhere Löhne als Nichtteilnehmende. Diese Zusammenhänge zeigen sich auch allgemein für die Weiterbildungsteilnahme Erwerbstätiger, wobei hier starke berufsspezifische Unterschiede hinzukommen. Die Teilnahme an Weiterbildung steht darüber hinaus im Zusammenhang mit nichtarbeitsmarktbezogenen Erträgen, die nicht auf die Lernenden beschränkt bleiben: Teilnehmende sind häufiger ehrenamtlich aktiv sowie politisch oder kulturell engagiert.

Bildung in einer digitalisierten Welt

Innerhalb kurzer Zeit sind digitale Technologien zu einem selbstverständlichen Teil des alltäglichen Lebens geworden, aber nicht für alle Menschen gleichermaßen: Während im Jahr 1998 nur jeder 10. Haushalt über einen Internetzugang verfügte, sind es 20 Jahre später 9 von 10. Darüber hinaus besitzen die meisten Menschen mehrere digitale Endgeräte, und das bereits immer früher im Lebensverlauf. Gleichwohl hängt der Zugang zu digitalen Medien auch von individuellen und strukturellen Merkmalen, etwa der sozialen Herkunft oder der regionalen Verortung, ab: So gibt es kaum einen einkommensstarken Haushalt ohne Internetzugang, aber 20 % der einkommensschwächsten Haushalte haben kein Internet. Frauen und Personen ab einem Alter von 70 Jahren verfügen zudem über eine schlechtere Digitalausstattung. Gleichmaßen gibt es Regionen, in denen der Bevölkerung nur ein unzureichendes Breitbandangebot zur Verfügung steht: Während über 90 % der städtischen Gemeinden über einen Anschluss mit einer Geschwindigkeit über 100 Mbit/s verfügen, sind es in ländlichen Gemeinden nur knapp die Hälfte (49,6 %).

Digitale Lernwelten der Bildungsteilnehmenden inner- und außerhalb der Bildungseinrichtungen unterscheiden sich deutlich: Der Einsatz digitaler Medien zum Lernen außerhalb der Bildungseinrichtungen ist für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende weitestgehend normal. Auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewinnt der informelle Einsatz digitaler Medien zu Bildungszwecken an Bedeutung. In den Bildungseinrichtungen selbst ist die Verwendung digitaler Medien zur Unterstützung von Bildungsprozessen hingegen deutlich seltener. So gaben 2018 mehr als drei Viertel (77 %) aller Achtklässlerinnen und Achtklässler an, in der Schule weniger als einmal in der Woche digitale Medien für schulbezogene Zwecke einzusetzen, ein Sechstel sogar nie. Auch in den Berufsschulen, betrieblichen Ausbildungsstätten und den Universitäten kommen digitale Medien seltener zum Einsatz als außerhalb der Einrichtungen.

Große Entwicklungsbedarfe in der frühen Bildung und den Schulen hinsichtlich der Ausstattung mit digitalen Medien: Die technischen Voraussetzungen in den Einrichtungen sind oftmals nicht ausreichend, um die Lehr-Lern-Gestaltung digital zu unterstützen und den Erwerb digitaler Kompetenzen zu ermög-

lichen. Im Bereich allgemeinbildender Schulen des Sekundarbereichs I besucht weniger als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler Einrichtungen, die über Lernmanagementsysteme (45 %), WLAN (26 %) oder internetbasierte Anwendungen für gemeinschaftliches Arbeiten (17 %) verfügen. Im internationalen Vergleich sind deutsche Schulen damit nicht anschlussfähig. In anderen Staaten, wie z.B. Dänemark, stehen in Schulen nicht nur mehr digitale Geräte zum Lernen zur Verfügung, sondern die vorgehaltene IT-Ausstattung wird auch häufiger durch schülereigene Geräte ergänzt. In den kommenden Jahren ist zu erwarten, dass die im Jahr 2019 von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Mittel des „DigitalPakts Schule“ und weitere Förderprogramme einzelner Länder zu einer Verbesserung der technischen Infrastruktur allgemeinbildender und beruflicher Schulen führen.

Entscheidend für den Erfolg digital unterstützter Lernprozesse ist die Art und Weise der Nutzung außer- und innerhalb der Bildungseinrichtungen: Eine ausreichende technische Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die Verwendung digitaler Medien, der Erfolg des Einsatzes hängt jedoch noch entscheidender von einem didaktisch sinnvollen und kritisch reflektierten Einsatz digitaler Technologien ab. In den Bildungseinrichtungen selbst werden digitale Medien bislang jedoch häufig nur in einem begrenzten Spektrum eingesetzt – etwa als Hilfsmittel zur Rezeption von Informationen und weniger zur individuellen Förderung von Lernenden oder zur Unterstützung von kooperativen Lernsettings. Die geringeren Kompetenzen der Achtklässlerinnen und Achtklässler aus Familien mit niedriger sozialer Herkunft weisen darauf hin, dass für die Kompetenzentwicklung nicht entscheidend ist, in welchem zeitlichen Umfang, sondern mit welchem Anregungsgehalt digitale Medien genutzt werden.

Potenziale hinsichtlich des Einsatzes digitaler Medien werden vom pädagogischen Personal differenziert bewertet: Viele Lehrkräfte in allgemeinbildenden Schulen sind zwar der Auffassung, dass digitale Medien das Interesse am Lernen der Schülerinnen und Schüler entwickeln können. Ein beträchtlicher Teil der Lehrkräfte spricht digitalen Medien jedoch nicht das Potenzial zu, Lernergebnisse zu verbessern oder individualisiertes Lernen zu ermöglichen. Bei den Berufsschullehrkräften zeigt sich ein ähnliches Bild: Wenngleich eine Mehrheit der Auffassung ist, dass

digitales Lernen motivierend ist und bestimmten Lernenden den Zugang erleichtern kann, verbindet nur ein kleiner Teil der Lehrkräfte mit digitalen Medien das Potenzial, die Lernqualität oder -ergebnisse zu verbessern. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass Lehrkräften in den Einrichtungen bestimmte Medien nicht zur Verfügung stehen und sie so keine Gelegenheit haben, Erfahrungen damit zu sammeln.

Digitalisierungsbezogene Inhalte spielen in der Ausbildung und Fortbildung des pädagogischen Personals bislang kaum eine Rolle: Bildungsteilnehmenden digitale Kompetenzen zu vermitteln setzt ein hohes Maß an Professionalität im pädagogischen Prozess voraus, das sich durch die anhaltende Digitalisierung verändern und erweitern muss. Bislang kommt der Vermittlung von pädagogischem und anwendungsbezogenem Wissen über digitale Technologien in der Ausbildung des pädagogischen Personals nur im Bereich der beruflichen Ausbildung eine Bedeutung zu, für die frühe Bildung sowie die allgemeinbildenden Schulen jedoch eher nicht. So haben bislang nur 5 Länder einheitliche Vorgaben erlassen, dass im Lehramtsstudium für den Primar- und den Sekundarbereich I Veranstaltungen zum Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien anzubieten sind. Demgegenüber lassen sich in der Mehrheit der Länder Bestrebungen erkennen, Wissen über die Anwendung digitaler Technologien im Bereich der Lehrerfortbildung zu vermitteln. Im Hochschul- und Weiterbildungsbereich existiert keine klassische Ausbildung der Dozentinnen und Dozenten, sodass hier digitale Kompetenzen vor allem im Selbststudium oder im informellen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen erworben werden. Bildungsbereichsübergreifend ist festzustellen, dass nur ein kleiner Teil des pädagogischen Personals an Fortbildungsmaßnahmen mit Bezug zu Digitalisierungsthemen teilnimmt.

Digitale Medien und die Vermittlung digitaler Kompetenzen mit unterschiedlicher Bedeutung in den verschiedenen Alters- und Bildungsetappen: Für den Erwerb von digitalen Kompetenzen sind außerinstitutionelle Lernorte von zentraler Bedeutung. Umso mehr erfordert ein souveräner Umgang mit digitalen Medien zusätzlich eine instruktionale Unterstützung durch professionelle Lehrpersonen. Erste Berührungspunkte mit digitalen Medien haben häufig bereits Kleinkinder in der Familie; über die Notwendigkeit,

in den Einrichtungen der frühen Bildung digitale Medien einzusetzen und entsprechende Kompetenzen zu vermitteln, besteht bislang jedoch keine Einigkeit. Einige Akteurinnen und Akteure fordern die Einrichtung eines Schonraums, nicht zuletzt da über die Effekte digitaler Medien auf die allgemeine Entwicklung von Kindern bislang nur wenig empirische Evidenz vorliegt. In der allgemeinbildenden Schule sollen nach überwiegender Expertenmeinung allen Schülerinnen und Schülern zentrale Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien vermittelt werden – und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer technischen Bedienung, sondern insbesondere auch mit Blick auf informationsbezogene und sozial-kommunikative Fähigkeiten. In der beruflichen und hochschulischen Ausbildung sowie der (beruflichen) Weiterbildung geht es in der Regel darum, die grundlegenden Digitalkompetenzen weiter zu spezifizieren und berufsbezogen in konkretes Anwendungs- oder Expertenwissen zu überführen.

Digitale Kompetenzen der Bildungsteilnehmenden ausbaufähig: Eine im Jahr 2018 zum 2. Mal durchgeführte internationale Untersuchung zu computerbezogenen Kompetenzen in Jahrgangsstufe 8 zeigt, dass ein Drittel der Schülerinnen und Schüler lediglich Leistungen auf den untersten 2 Kompetenzstufen erzielt. Demgegenüber erreicht, wie auch im internationalen Trend, nur ein sehr kleiner Teil (1,9 %) der Achtklässlerinnen und Achtklässler die 5. und höchste Kompetenzstufe. Ein vertiefender Blick offenbart erhebliche Leistungsdisparitäten zuungunsten von Jungen, Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und aus Elternhäusern mit niedrigem sozialem Status. Verschiedene Studien zeigen, dass auch ein beträchtlicher Teil von Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten angibt, nur über geringe digitale Kompetenzen zu verfügen. Analysen des Nationalen Bildungspanels zufolge erreicht etwa ein Fünftel der Studierenden am Ende der Schulzeit nicht das Basisniveau, das bei Studienbeginn vorliegen sollte. Auch nach einigen Studienjahren bleiben immer noch viele Studierende unter dem Niveau, das für ein fortgeschrittenes Studium festgelegt wurde.

Möglichkeiten und Risiken der Digitalisierung werden kontrovers diskutiert, bei vergleichsweise wenig empirischer Evidenz: Das Phänomen der Digitalisierung wird in der öffentlichen Debatte selten neutral betrachtet, sondern oftmals mit extremen Erwartungen oder Befürchtungen belegt. Für den Bildungsbe-

reich ist die Überzeugung weit verbreitet, dass der Einsatz digitaler Technologien mit einem hohen Nutzen verbunden ist, obwohl hierzu bislang vergleichsweise wenig empirische Erkenntnisse vorliegen. Verschiedene Studien weisen jedoch darauf hin, dass nur ein kleiner Teil in der Lehre eingesetzter digitaler Medien mit signifikanten positiven Effekten auf die Lernergebnisse verbunden ist. Entscheidender als die eingesetzte Technik scheint vielmehr zu sein, wie digitale Medien von den Lehrenden im alltäglichen Lehr-Lern-Geschehen integriert werden.

Wirkungen und Erträge von Bildung

Erwerbsbeteiligung vor der Corona-Pandemie auf hohem Niveau über alle Bildungsabschlüsse – potenzielle Probleme für gering Qualifizierte mit Abschluss unterhalb Sekundarbereich II: Die Erwerbsbeteiligung hat sich für Absolventinnen und Absolventen mit einem Abschluss unterhalb des Sekundarbereichs II seit 2014 von 58 auf 61 % verbessert. Dennoch zeichnen sich bei den formal gering Qualifizierten auch potenzielle Risikolagen ab. Frauen ebenso wie Männer mit einem Abschluss unterhalb des Sekundarbereichs II sind häufiger prekär beschäftigt als Frauen und Männer mit einer abgeschlossenen dualen Ausbildung. Sie können daher besonders von finanziellen Risikolagen im Berufsleben und in der Rente betroffen sein.

Beruflich Qualifizierte nach Studium deutlich zufriedener: Die Arbeitszufriedenheit unterscheidet sich zwischen den einzelnen Bildungsabschlüssen kaum. Entscheiden sich beruflich Qualifizierte nochmals für ein Studium, wird zuerst eine Verschlechterung der Arbeitszufriedenheit im Studium deutlich, die sich anschließend schrittweise verbessert. 8 Jahre nach dem Hochschulabschluss sind sie zufriedener mit der Arbeit als vor ihrem Studium und als Personen, die ausschließlich studiert haben.

Bildung in positivem Zusammenhang mit dem Lohn, insbesondere bei Personen mit einem Universitätsabschluss: Seit dem Jahr 2000 verdienen Absolventinnen und Absolventen mit einem nichtakademischen Tertiärabschluss, einem FH- oder einem Universitätszertifikat kontinuierlich mehr als Personen mit einem Abschluss der dualen Ausbildung. Während beispielsweise Universitätsabsolventinnen und -absolventen im Jahr 2000 durchschnittlich 5,60 Euro pro Stunde mehr verdienten als Personen mit einer

dualen Ausbildung, waren es im Jahr 2018 insgesamt 7,00 Euro mehr.

Löhne variieren besonders zwischen den Wirtschaftszweigen, aber auch die Wahl der Berufsausbildung kann einen großen Einfluss nehmen: Der Lohn ist im verarbeitenden Gewerbe besonders hoch, unabhängig davon, welchen Bildungsabschluss eine Person erreicht. Allerdings lohnt sich ein Universitätsabschluss im Bereich Erziehung und Unterricht besonders. Im Vergleich zu allen anderen Bildungsabschlüssen bedeutet ein akademischer Abschluss hier deutlich mehr Lohn als in den anderen Wirtschaftszweigen. Über alle Wirtschaftszweige hinweg erbringt eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht notwendigerweise einen geringeren Lohn im Vergleich zu einem Studienabschluss. Bankkaufleute verdienen z. B. mehr als Verwaltungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die an der Hochschule studiert haben.

Studium nach Berufsausbildung steht im positiven Zusammenhang mit gesundheitsbewusster Ernährung, dem politischen Interesse und dem ehrenamtlichen Engagement: Knapp 55 % der beruflich Qualifizierten mit Studium ernähren sich gesundheitsbewusst, während dies nur bei gut 43 % der Personen mit einer dualen Ausbildung der Fall ist. Ein nachgelagerter Hochschulabschluss steht zudem mit anderen nicht-monetären Erträgen in einem positiven Zusammenhang: Beruflich Qualifizierte, die einen Hochschulabschluss nachgeholt haben, sind wesentlich häufiger politisch interessiert (49 %) als Personen mit einem Abschluss der dualen Ausbildung (31 %) und engagieren sich zudem häufiger ehrenamtlich (30 vs. 20 %).

Bildungsungleichheiten sinken für geringer Qualifizierte, gleichzeitig manifestieren sich Schließungsprozesse bei höher Qualifizierten: Der Bildungsstand ist für die seit 1944 geborenen 30-Jährigen im Vergleich zu ihren Eltern kontinuierlich gestiegen. Für die Kinder von formal gering qualifizierten Eltern nehmen zugleich die Bildungsungleichheiten ab – sie können häufiger einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern erreichen. 30-Jährige, deren Eltern durch die Bildungsexpansion bereits den höchsten Bildungsstand erreicht haben, können oftmals den gleichen Bildungsabschluss erhalten.

Höherqualifizierung führt zu weitreichenderen Lebenschancen durch berufliche Aufwärtsmobilität: Ein Hochschulabschluss eröffnet weiterhin Möglichkei-

ten des beruflichen Aufstiegs im Vergleich zu dem Beruf der Eltern. Dennoch verbleiben 30-jährige Akademikerinnen und Akademiker immer häufiger auf Positionen in der Berufsstruktur, die denen ihrer Eltern ähneln: Insbesondere die nach 1974 Geborenen haben geringere berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Sie erreichen häufiger einen ähnlichen beruflichen Status wie ihre Eltern. Gleichzeitig bedeutet ein Abschluss unter dem Sekundarbereich II zunehmend den beruflichen Abstieg – eine berufliche Aufwärtsmobilität ist mit diesem Qualifizierungsniveau kaum mehr möglich.